

**NIEDERSCHRIFT  
ZUR SITZUNG DES  
HAUPT- UND  
FINANZAUSSCHUSSES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:  
14. HuFA 2009-2014  
Sitzungsdatum:  
24.11.2011  
Niederschrift**

Übach-Palenberg, den 24.11.2011

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

**Haupt- und Finanzausschuss**

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

**Tagesordnung**

**A) Öffentliche Sitzung**

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 15.09.2011
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 05.05.2011 aus öffentlicher Sitzung
3. Straßenbenennung im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 111 - Kirchenweg II
4. 31. Bürgerempfang der Stadt Übach-Palenberg 2012  
hier: Bestellung neuer Mitglieder in die Auswahlkommission zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg
5. Bestellung eines Kämmerers durch den Rat der Stadt Übach-Palenberg
6. Gebührenkalkulationen für die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Bestattungswesen für das Jahr 2012
7. 13. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallbeseitigung
8. 8. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg
9. 1. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Übach-Palenberg -Hebesatzsatzung-
10. Forstwirtschaftsplan 2012
11. Entwicklungskonzept für den zentralen Versorgungsbereich des Nahversorgungszentrums Marienberg in Übach-Palenberg
12. Bebauungsplan Nr. 95 - Marienstraße - 1. Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB  
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung

13. Antrag nach § 5 GeschO der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 31.01.2011 betr. Umstellung auf elektronische, papierlose Rats- und Gremienarbeit
14. Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Palenberg vom 11.11.2011 betr. Anlegung eines Zebrastreifens auf der Poststraße
15. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 15.1 Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Übach vom 15.11.2011 betr. Errichtung eines Drempels auf der Weinbergstraße
16. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

**B) Nichtöffentliche Sitzung**

23. Waschkaue
17. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 05.05.2011 aus nichtöffentlicher Sitzung
18. Grundstücksangelegenheiten
- 18.1 Verkauf der städtischen Ackerflächen Flur 5, Nr. 25/1 und Nr. 28/1
19. Vergabeangelegenheiten
- 19.1 Vergabe von Sachversicherungsdienstleistungen für verschiedene Gebäude im Stadtgebiet Übach-Palenberg
- 19.2 Vergabe zur Lieferung von Computern für die Schulen der Stadt Übach-Palenberg
- 19.3 Verpachtung von Dachflächen zur Installation von Photovoltaikanlagen
20. Weiteres Vorgehen in Bezug auf städtische Derivatgeschäfte
21. Klangbrücke  
hier: Abstimmung des Vorgehens im anhängigen Streitverfahren vor dem OLG Köln
22. Einzelhandelsangelegenheit
24. Bericht über die Personalveränderungen im Jahr 2011
25. Erweiterungen zur Tagesordnung
26. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

**Stadtverordnete**

Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Franz Bergstein	UWG
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Walter Junker	CDU
Frau Norma Kuhlmeier	SPD
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD

**Verwaltungsbedienstete**

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch  
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski  
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzen  
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek  
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen  
Herr Kämmerer Björn Beeck  
Herr Stadtamtmann Herbert Jansen

bis Ende TOP 9

**Schriftführerin**

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

**Bürgermeister Jungnitsch** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

**Bürgermeister Jungnitsch** schlug vor, TOP 22 "Einzelhandelsangelegenheit" von der Tagesordnung abzusetzen und TOP 23 "Waschkäue" vorzuziehen und vor TOP 17 gleich zu Beginn der nichtöffentlichen Sitzung zu behandeln.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Stadtverordneter **Weißborn** teilte mit, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung drei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

**A) Öffentliche Sitzung**

**1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 15.09.2011**

---

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** teilte mit, dass in der Niederschrift Stadtverordneter Bergstein trotz seiner Anwesenheit versehentlich nicht in der Anwesen-

heitsliste aufgeführt sei. Bei den Abstimmungsergebnissen sei er jedoch jeweils richtigerweise mit berücksichtigt worden. Die Urschrift werde in Bezug auf die Anwesenheitsliste entsprechend korrigiert.

**Beschluss:**

**Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.09.2011 wird genehmigt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 05.05.2011 aus öffentlicher Sitzung**

---

**Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 05.05.2011 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.**

**3. Straßenbenennung im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 111 - Kirchenweg II**

---

**Bürgermeister Jungnitsch** teilte mit, dass im Ausschuss für Kultur und internationale Begegnungen folgender Straßenbenennungsvorschlag beschlossen worden sei:

Planstraße 1 und 3: Josef-Fürkötter-Straße

Planstraße 2: Martin-Speel-Straße

Planstraße 4: Rolf-Kornetka-Straße

Planstraße 5: Martin-Lürkes-Straße

Als Ergänzung schlage er vor, die Straßennamensschilder jeweils mit den Amtszeiten des jeweiligen Bürgermeisters zu versehen: Josef Fürkötter, Bürgermeister von 1961 bis 1964, Martin Speel, Bürgermeister von 1888 bis 1911, Rolf Kornetka, Bürgermeister von 1988 bis 1996, Martin Lürkes, Bürgermeister von 1952 bis 1961.

Stadtverordnete **Bartel** erklärte, sie halte das Ergebnis des Ausschusses für Kultur und internationale Begegnungen immer noch für unglücklich. Es werden zu viele verschiedene Straßenabschnitte für ein so kleines Baugebiet unterschiedlich benannt. Damals habe man einen Straßennamen für das gesamte Baugebiet beschlossen. Es sei nachvollziehbar, hiervon abzuweichen mit Hinblick auf die Schließung der Siemensstraße. Aber erstens müsse man alternativ nicht 4 Straßenabschnitte unterschiedlich benennen und zweitens sei die damalige Intention des Beschlusses gewesen, dem im Amt verstorbenen Bürgermeister Rolf Kornetka zu gedenken. Stadtverordnete Gillen habe damals den Vorschlag unterstützt und gewünscht, dass auch andere Bürgermeister aus Scherpenseel nicht unberücksichtigt bleiben. Nun werden hier aber als Straßennamen auch Martin Lürkes

und Josef Fürkötter vorgeschlagen. Da diese beiden Bürgermeister aber nicht aus Scherpenseel kamen, können sie diesen Vorschlag nicht nachvollziehen. Sie hielt es für besser, wenn man sich für das Baugebiet auf lediglich zwei Straßennamen einigen würde und dann die beiden Scherpenseeler Bürgermeister, Rolf Kornetka und Martin Speel, berücksichtigt würden.

Stadtverordnete **Gillen** entgegnete, sie habe damals gesagt, man könne nicht nur einen Bürgermeister würdigen und andere vernachlässigen. Dies sei mit den o. g. Vorschlägen geschehen. Was spreche dagegen, dass zwei Bürgermeister nicht aus Scherpenseel stammen?

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, man spreche hier von 4 Straßennamen für ein kleines Gebiet. Er halte den Vorschlag der Stadtverordneten Bartel für vernünftig, nur zwei Straßennamen zu vergeben und sich dann auf die beiden Scherpenseeler Bürgermeister zu einigen.

Stadtverordneter **Junker** erklärte, er könne dem Vorschlag nicht folgen. Im Kauert habe sich gezeigt, was passiert, wenn man nur einen Straßennamen vergibt.

Stadtverordnete **Bartel** entgegnete, man könne nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Die Situation Im Kauert sei eine völlig andere. Hier gebe es lediglich eine Ein- und Ausfahrt für das gesamte Wohngebiet.

#### **Beschluss:**

**Die Straßen im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 111 – Kirchenweg II – erhalten folgende Namen:**

**Planstraße 1 und 3: Josef-Fürkötter-Straße**

**Planstraße 2: Martin-Speel-Straße**

**Planstraße 4: Rolf-Kornetka-Straße**

**Planstraße 5: Martin-Lürkes-Straße**

**Die Straßennamensschilder erhalten jeweils als Zusatz die Amtszeiten des jeweiligen Bürgermeisters.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

**8 Ja-Stimmen**

**6 Nein-Stimmen**

#### **4. 31. Bürgerempfang der Stadt Übach-Palenberg 2012 hier: Bestellung neuer Mitglieder in die Auswahlkommission zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg**

---

Stadtverordneter **Gudduschat** schlug als Ersatz für Herrn Günter Weinen Herrn Hans-Josef-Bröhl vor.

Stadtverordneter **Weißborn** schlug als Ersatz für Herrn Werner Schiewe Frau Edith Meschwitz vor.

**Beschluss:**

**Folgende Personen werden in die Auswahlkommission berufen:**

1. Herr Hans-Josef Bröhl
2. Frau Edith Meschwitz

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**5. Bestellung eines Kämmerers durch den Rat der Stadt Übach-Palenberg**

---

Kämmerer Beeck verließ zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal.

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, dass er mit der bisherigen Zusammenarbeit mit Kämmerer Beeck ausgesprochen zufrieden sei. Kämmerer Beeck erfülle seine Aufgaben mit viel Qualität und Engagement.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dem könne er sich nur anschließen.

Stadtverordneter **Gudduschat** schloss sich dem ebenfalls an. Er fragte, um welche Größenordnung es sich bei den Befugnissen des Kämmerers handele.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** antwortete, es gehe um die festgelegten Erheblichkeitsgrenzen. Nur wenn der Kämmerer vom Rat bestellt sei, habe er die Befugnis innerhalb dieser Grenzen Entscheidungen zu treffen, sonst nicht. Entscheidungen oberhalb dieser Erheblichkeitsgrenzen werden natürlich weiterhin vom Rat getroffen.

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte, ob es richtig sei, dass der Bürgermeister den Kämmerer nicht abbestellen könne, wenn dieser vom Rat bestellt sei.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** bestätigte dies. Wenn der Kämmerer vom Rat bestellt werde, könne auch nur der Rat ihn wieder abbestellen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, mit Herrn Beeck habe man einen kompetenten Ersatz für die Stelle des Kämmerers gefunden.

**Beschlussempfehlung:**

**Herr Stadtamtmann Björn Beeck wird vom Rat der Stadt Übach-Palenberg zum Kämmerer gemäß der Gemeindeordnung NRW bestellt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**6. Gebührenkalkulationen für die öffentlichen Einrichtungen Straßenreinigung, Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Bestattungswesen für das Jahr 2012**

---

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er werde der vorliegenden Beschlussempfehlung zustimmen. Er wolle jedoch noch eine Empfehlung aussprechen. Bei der Abfallbeseitigung sei bei der Einnahme für Altmetall lediglich ein Betrag von 783 € angesetzt und zwar, weil ein großer Teil des Altmetalls in Übach-Palenberg durch Altmetallsammler abgefangen werde. Vielleicht könne man die Bürger mit der Verteilung des Müllkalenders darauf aufmerksam machen, dass die Einnahmen der Stadt durch Altmetall die Abfallbeseitigungsgebühren senken könnten. Vielleicht könne man als Stadt sogar eine Alternative zur bisherigen Altmetallsammlung finden.

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, den Hinweis für die Bürger halte er für eine gute Idee. Eine alternative Altmetallsammlung halte er jedoch für schwierig.

**Beschlussempfehlung:**

**Die Gebührenkalkulationen der Stadt Übach-Palenberg für die öffentlichen Einrichtungen**

- a) Stadtreinigung,
- b) Stadtentwässerung,
- c) Abfallbeseitigung,
- d) Bestattungswesen,

werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**7. 13. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallbeseitigung**

---

**Beschlussempfehlung:**

Die als Anlage beigefügte 13. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallbeseitigung in der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

8. **8. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg**

---

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Gudduschat** erläuterte Kämmerer Beeck, dass die Erhöhung der Gebühren überwiegend mit der Umstellung der Abschreibungsmethode im Zusammenhang stehe. Bei den übrigen Gebührenkalkulationen habe man bereits im letzten Jahr die Abschreibungsmethode umgestellt und nun sei dies auch bei den Friedhofgebühren erfolgt.

Stadtverordneter **Bergstein** erklärte, dass bei der Gebührenkalkulation auch die Miete für die Dienstwohnung Friedhof Friedensstraße als Einnahme eingeflossen sei. Er wolle jedoch darauf hinweisen, dass der Mieter sich seit drei Monaten in einem Seniorenwohnheim befinde und die Wohnung an sich stark renovierungsbedürftig sei. Es sei also fraglich, ob hier auf Dauer noch mit Mieteinnahmen zu rechnen sei.

**Beschlussempfehlung:**

**Die als Anlage beigefügte 8. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

9. **1. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Übach-Palenberg -Hebesatzsatzung-**

---

Kämmerer **Beeck** erläuterte, die Anhebung auf die fiktiven Hebesätze werde aus zwei Gründen empfohlen. Erstens wisse man aus der Erfahrung der Stadt Geilenkirchen, dass dies von der Aufsichtsbehörde gefordert werde. Zweitens werden die fiktiven Hebesätze zur Festsetzung der Schlüsselzuweisung verwendet.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, wie man aus der heute ausgeteilten Tischvorlage ersehen könne (die Tischvorlage ist als Anlage der Niederschrift beigefügt), sei die Erhöhung sehr moderat, wenn man diese auf den Einzelnen herunter breche. Aufgrund dieser moderaten Erhöhung werde die CDU-Fraktion diese mittragen, insbesondere mit Blick auf die derzeitige Haushaltssituation.

Stadtverordnete **Gillen** erklärte, sie halte es für wichtig, dass die Bevölkerung darüber informiert werde, was ein fiktiver Hebesatz sei und wie er berechnet werde. Sei es richtig, dass es sich hierbei um einen landesweiten Durchschnitt der Hebesätze handele?

Kämmerer **Beeck** erläuterte, es handele sich hierbei um den Durchschnitt aller Kommunen in NRW abzüglich 5%.

Stadtverordnete **Gillen** stellte fest, dass somit also hohe Steuersätze wie zum Beispiel in Aachen mit moderaten Steuersätzen bei der Durchschnittsbildung vermischt werden.

Kämmerer **Beeck** erläuterte, es sei so, dass sich die Schlüsselzuweisung aus den fiktiven Steuersätzen errechne. Liege man als Kommune mit den Steuersätzen über den fiktiven Hebesätzen, würde diese Differenz bei der Schlüsselzuweisung unberücksichtigt bleiben und käme somit der Kommune zugute. Streng genommen wäre es für eine Kommune also sogar besser über den fiktiven Hebesätzen zu liegen.

Stadtverordnete **Gillen** entgegnete, sie wolle hier aber für die Bürger sprechen. Man befinde sich hier in einem ländlichen Raum. Mit Hinweis auf die Gemeindeordnung könne sie die Berechnung des Landes NRW nicht nachvollziehen.

Kämmerer **Beeck** erklärte, mit Blick auf die Bürger habe man sich deshalb auch nicht dafür entschieden, eine Erhöhung über die fiktiven Hebesätze hinaus vorzuschlagen.

**Beschlussempfehlung:**

**Die als Anlage beigefügt 1. Änderungssatzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern in der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig bei 1 Enthaltung**

**10. Forstwirtschaftsplan 2012**

---

**Beschlussempfehlung:**

**Der Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2012 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**11. Entwicklungskonzept für den zentralen Versorgungsbereich des Nahversorgungszentrums Marienberg in Übach-Palenberg**

---

Dezernent **Gatzen** erläuterte, man habe die Bebauungsplanänderung in Marienberg lange mit dem Gutachter und dem Investor vorbereitet und zwar auch unter der Berücksichtigung der Situation in Palenberg. Eine Ablehnung der Bebauungs-

planänderung würde erhebliche Nachteile mit sich bringen, insbesondere mit Blick auf die Konkurrenz. Die Verwaltung vertrete die Auffassung, Marienberg brauche einen zentralen Versorgungsbereich. Er wolle betonen, dass es sich bei dem Gutachten des Herrn Dr. Kummer nicht um ein Gefälligkeitsgutachten für den Investor handele.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion könne dem Gutachten des Herrn Dr. Kummer nur beipflichten. Das, was Herr Dr. Kummer in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing vorgeschlagen habe, sei nachvollziehbar. Er halte das vorliegende Konzept für vernünftig, auch mit Blick auf die Konkurrenz in Geilenkirchen. Die CDU-Fraktion sei aber aufgrund der Diskussion in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing trotzdem auch bereit, dass zunächst eine Einwohnerversammlung durchgeführt werde.

Stadtverordneter **Weißborn** erläuterte, die Durchführung einer Einwohnerversammlung war Vorschlag des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing. Sein Vorschlag sei es, diese im CMC stattfinden zu lassen, da hier damals auch die Einzelhandelskonzeption der Öffentlichkeit vorgestellt worden sei. Zudem handele es sich hierbei um eine gesamtstädtische Angelegenheit. Vor einer Einwohnerversammlung sollte keine Entscheidung in der Angelegenheit getroffen werden.

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, er habe den Ortsvorschlag zur Kenntnis genommen, wolle aber darauf hinweisen, dass laut der Gemeindeordnung der Bürgermeister den Ort für eine Einwohnerversammlung festlege.

Stadtverordneter **Gudduschat** schlug als Ort für die Einwohnerversammlung die Turnhalle in Marienberg vor.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die UWG-Fraktion sei zunächst nicht für eine Einwohnerversammlung gewesen. Sollte eine Einwohnerversammlung durchgeführt werden, gebe sie Stadtverordnetem Weißborn Recht, dass diese im CMC durchgeführt werden sollte. Zum einen, weil damals dort bereits die Einzelhandelskonzeption vorgestellt worden sei und zum anderen, weil dies ein neutraler Ort sei.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, man müsse auch berücksichtigen, dass Palenberg von der Angelegenheit betroffen sei. Deswegen spreche auch er sich für das CMC aus.

Stadtverordneter **Weißborn** wies darauf hin, dass aufgrund eines Antrages der SPD-Fraktion die Form der Einladung für eine Einwohnerversammlung geändert worden sei. Da es sich hier um eine gesamtstädtische Angelegenheit handele, schlage er vor, über die Presse, die städtische Homepage und durch den Aushang von DIN A3 Plakaten in den Geschäften zu der Einwohnerversammlung einzuladen.

**Bürgermeister Jungnitsch** betonte, er habe sich als Bürgermeister die Wirtschaftsförderung auf die Fahne geschrieben und werbe auf möglichst vielen Veranstaltungen für die Stadt Übach-Palenberg. Es sei wichtig, ein unternehmens-

freundliches Klima zu vermitteln und dadurch Investoren anzuziehen. Dies schaffe man jedoch nicht, wenn man interessierte Investoren durch unsinnige Beschlüsse verprellt und nur ein kleines Klientel hofiert. Dies wolle er an dieser Stelle einmal hervorheben.

Nichts desto trotz halte er den Vorschlag einer Einwohnerversammlung in der vorliegenden Angelegenheit für gut.

**Beschlussempfehlung:**

**Es wird zunächst eine Einwohnerversammlung durchgeführt. Hierzu wird über die Presse, die städtische Homepage und durch den Aushang von DIN A3 Plakaten in den Geschäften im gesamten Stadtgebiet eingeladen.**

**Der Tagesordnungspunkt wird solange zurückgestellt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig bei 1 Enthaltung**

- 12 Bebauungsplan Nr. 95 - Marienstraße - 1. Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB  
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung**
- 

Insoweit wird auf TOP 11 verwiesen.

**Beschlussempfehlung:**

**Es wird zunächst eine Einwohnerversammlung durchgeführt. Hierzu wird über die Presse, die städtische Homepage und durch den Aushang von DIN A3 Plakaten in den Geschäften im gesamten Stadtgebiet eingeladen.**

**Der Tagesordnungspunkt wird solange zurückgestellt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig bei 1 Enthaltung**

- 13. Antrag nach § 5 GeschO der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 31.01.2011 betr. Umstellung auf elektronische, papierlose Rats- und Gremienarbeit**
- 

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** führte aus, dass, wie aus der Sitzungsvorlage ersichtlich, eine Umstellung auf papierlose Gremienarbeit grundsätzlich wirtschaftlich sei. Erforderlich für eine solche Umstellung wären allerdings zum einen die Genehmigung der Aufsichtsbehörde, die noch beantragt werden müsste und zum anderen die Aufnahme der Maßnahme in die Prioritätenliste. Außerdem sollten sich möglichst viele Gremienmitglieder an einer solchen Umstellung beteiligen, damit diese auch tatsächlich wirtschaftlich sei.

**Bürgermeister Jungnitsch** schlug folgende Beschlussempfehlung vor: „Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde wird für die Ratsmitglieder ein mobiler Computer wie z. B. ein I-Pad angeschafft, die dies wünschen. Diesen Ratsmitgliedern werden die Ratsvorlagen nur noch elektronisch zur Verfügung gestellt.“

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, das vorliegende Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsberechnung gebe dem gemeinsamen Antrag von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen recht. Allerdings würde er aus der gerade gehörten Beschlussempfehlung die Details, wie die Umstellung erfolgen solle, weglassen. Es solle offen bleiben, wie die elektronische Gremienarbeit erfolge, also ob über die Anschaffung mobiler Computer oder auf anderem Wege.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** wies darauf hin, dass die Zahlung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung hierfür rechtlich nicht möglich sei.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, es müsse weiterhin die Möglichkeit bestehen bleiben, die Unterlagen in Papierform zu erhalten.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, wichtig sei, dass vom Grundsatz her festgesetzt werde, dass eine Umstellung erfolgen solle. Die vorliegende Lösung mit den mobilen Endgeräten solle bei der Kommunalaufsicht beantragt werden, damit man zahlenmäßig auch etwas habe, was man vorlegen könne. Auch sollte natürlich darauf geachtet werden, dass sich einige an der Umstellung beteiligen, da sonst die Wirtschaftlichkeit kaputt gehe.

Stadtverordnete **Weinhold** ergänzte, wenn zu wenige sich beteiligen, sei die Umstellung nicht mehr wirtschaftlich. Somit müsse also verbindlich abgeklärt werden, wer sich beteiligen würde.

Kämmerer **Beeck** wies darauf hin, dass für die vorgesehene Umstellung die Prioritätenliste entsprechend geändert werden müsste.

### **Beschluss:**

**Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde erfolgt die Umstellung auf eine papierlose, elektronische Gremienarbeit. Hierfür wird den Gremienmitgliedern ein mobiler Computer zur Verfügung gestellt. In Ausnahmefällen ist die Zustellung der Unterlagen in Papierform weiterhin möglich.**

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig bei 1 Enthaltung**

#### **14. Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Palenberg vom 11.11.2011 betr. Anlegung eines Zebrastreifens auf der Poststraße**

---

Schriftführerin **Schade** verlas die Anregung (die Anregung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Gudduschat** erläuterte, es gehe darum, Gespräche zu führen, ob die Anlegung eines Zebrastreifens an der genannten Stelle zur Verbesserung der Querung der Straße möglich sei.

Die Ergebnisse könnten im entsprechenden Fachausschuss vorgestellt werden, so dass er vorschläge, den Tagesordnungspunkt zur Entscheidung an den zuständigen Fachausschuss, dem Ausschuss für Feuerwehr, Ordnung und Sicherheit, zu verweisen.

Stadtverordneter **Overländer** erklärte, er werde dem Antrag zustimmen. Er wolle jedoch darauf hinweisen, dass es bereits 4 Querungshilfen auf der Straße gebe und stelle sich die Frage, ob dort für die Anlegung eines Zebrastreifens überhaupt noch Platz sei.

**Beschluss:**

**Der Tagesordnungspunkt wird zur Entscheidung an den zuständigen Fachausschuss, dem Ausschuss für Feuerwehr, Ordnung und Sicherheit, verwiesen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**15. Erweiterungen zur Tagesordnung**

---

**15.1 Anregung gem. § 24 GO NRW des CDU Ortsverbandes Übach vom 15.11.2011 betr. Errichtung eines Drempels auf der Weinbergstraße**

---

Schriftführerin **Schade** verlas die Anregung (die Anregung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordneter **Overländer** erklärte, es spreche nichts gegen den Antrag als Prüfauftrag. Er wolle jedoch darauf hinweisen, dass dort bereits eine 30er-Zone eingerichtet sei. Außerdem führe ein Drempel möglicherweise nur dazu, dass vor dem Drempel abgebremst und dahinter wieder aufs Gas getreten werde.

**Bürgermeister Jungnitsch** schlug vor, die Angelegenheit durch die Verwaltung prüfen zu lassen und anschließend im zuständigen Fachausschuss hierüber zu berichten und entscheiden zu lassen.

**Beschluss:**

**Der Tagesordnungspunkt wird zur Entscheidung an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

## 16. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

---

**Bürgermeister Jungnitsch** teilte mit, dass er ein Schreiben des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW über das erste KiBiz-Änderungsgesetz, das am 01.08.2011 in Kraft getreten ist, erhalten habe. Dieses Schreiben werde zur Kenntnisnahme als Anlage der Niederschrift beigefügt.

- - - - -

Weiterhin teilte **Bürgermeister Jungnitsch** mit, dass er ein Antwortschreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in der Angelegenheit Kernkraftwerk Tihange/ Belgien erhalten habe. Das Schreiben ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

- - - - -

**Bürgermeister Jungnitsch** gab bekannt, dass die Buswartehäuschen in Siepenbusch und Marienberg nun aufgestellt seien.

- - - - -

In Bezug auf den Pfarrsaal Marienberg teilte er mit, dass ein Nutzungsrecht für die Vereine bis zum 30.06.2012 ausgehandelt worden sei. Somit habe man nun etwas mehr Zeit, eine Lösung für eine alternative Räumlichkeit herbeizuführen.

- - - - -

Abschließend berichtete **Bürgermeister Jungnitsch** über den Klageausgang eines Hundebesitzers gegen die Stadt Übach-Palenberg. Der Hundebesitzer habe gegen die erhöhte Hundsteuer für Kampfhunde geklagt und die Klage verloren. Eine erhöhte Steuer für Kampfhunde sei rechtmäßig.

### Anfragen

---

#### Anfrage 1 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** fragte nach dem Stand Pfarrsaal Marienberg und nahm Bezug auf den hierzu in der vergangenen Ratssitzung beschlossenen Antrag.

**Bürgermeister Jungnitsch** antwortete, er habe bereits unter TOP 16 mitgeteilt, dass man durch das bis zum 30.06.2012 eingeräumte Nutzungsrecht nun etwas mehr Zeit habe, eine Lösung herbeizuführen. Es habe bereits eine Ortsbesichtigung des Pavillons auf dem Schulgelände Marienberg als eine alternative Räumlichkeit stattgefunden. Auch haben Vereine, wie der Karnevalsverein Marienberg, der Seniorenverein und der evangelische Gemeindeverein, Interesse bekundet, eine alternative Räumlichkeit mit zu nutzen. Derzeit finden Planungen zwischen

verschiedenen Vereinen und dem Hochbauamt statt.

Stadtverordneter **Weißborn** wies darauf hin, dass das Aufstellen einer Liste über die in Betracht kommenden Räumlichkeiten beschlossen worden sei.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, natürlich werde man die Angelegenheit nach erfolgter Prüfung in der Verwaltung dem zuständigen Fachausschuss zur Beratung vorlegen.

### **Anfrage 2 der SPD-Fraktion:**

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er sei in letzter Zeit aus der Bürgerschaft angesprochen worden, dass es an der Servicestelle zu erhöhten Wartezeiten gekommen sei. Er wisse, dass dort derzeit ein Mitarbeiter fehle. Er würde aber gerne wissen, wie der derzeitige Stand sei.

**Bürgermeister Jungnitsch** antwortete, dass sich die Angelegenheit noch in der Bearbeitung befinde, dies aber aufgrund der Haushaltssituation etwas schwieriger sei.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** ergänzte, man müsse auch sehen, dass sich die Situation durch Krankheitsausfälle derzeit verstärkt habe.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er gehe davon aus, dass es für Krankheitsfälle eine Vertretungsregelung gebe.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** antwortete, dass dies grundsätzlich der Fall sei, dass hier aber zeitgleiche Krankheitsfälle eingetreten seien.

### **Anfrage 3 der SPD-Fraktion:**

Stadtverordneter **Weißborn** fragte, ob es in der Angelegenheit Hovergracht etwas Neues gebe.

Dezernent **Gatzen** antwortete, es gebe einen ernsthaften Interessenten. Voraussichtlich könne man in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing einen Plan vorstellen.

**Bürgermeister Jungnitsch** schloss um 18.24 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 20.12 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch  
Bürgermeister

Schade  
Schriftführerin